

Sportausschuß

Protokoll

41. Sitzung (nicht öffentlich)

22. November 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.50 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Rohe (SPD)

Stenograph: Theberath

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Aktuelle Viertelstunde: Finanzminister erläßt Haushaltssperre. Spezifische Auswirkungen für den Bereich Sport.**

1

Auf Antrag der CDU-Fraktion nimmt der Ausschuß hierzu eine Stellungnahme des Kultusministers entgegen.

- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1994 (Haushaltsgesetz 1994)**

3

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5900

Sportausschuß
41. Sitzung

22.11.1993
the-mj

Seite

Einzelplan 05 - **Kultusministerium**
Beilage 5 - **16. Landessportplan**

Vorlage 11/2413

Einzelplan 06 - **Ministerium für Wissenschaft und Forschung**
Kapitel 06 510 - **Deutsche Sporthochschule Köln**

in Verbindung damit

Artikel I § 23 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen im Haushaltsjahr 1994 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1994

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5902

Der Antrag der F.D.P.-Fraktion - Anlage 2 zu diesem Protokoll -, den Ansatz in Kapitel 05 810 Titelgruppe 90 um 2 Millionen DM zu kürzen und dafür den Ansatz in Titelgruppe 60 um 2 Millionen DM zu erhöhen, wird mit den Stimmen der SPD bei Enthaltung der CDU und in Abwesenheit der GRÜNEN abgelehnt.

Die in Anlage 1 zusammengestellten Anträge der SPD-Fraktion werden gegen die Stimme der F.D.P. bei Enthaltung der CDU und in Abwesenheit der GRÜNEN angenommen.

Mit den Stimmen der SPD, gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. und in Abwesenheit der GRÜNEN empfiehlt der Sportausschuß dem Ausschuß für Kommunalpolitik, 2 Millionen DM aus den im GFG für den Sportstättenbau vorgesehenen Zuweisungen für Zuschüsse zur Förderung der Übungsarbeit in den Sportvereinen zur Verfügung zu stellen.

In der Gesamtabstimmung wird Beilage 5 zu Einzelplan 05 - 16. Landessportplan - in der Fassung der zuvor beschlossenen

Änderungen mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. bei Abwesenheit der GRÜNEN **angenommen**.

Kapitel 06 510 - Deutsche Sporthochschule Köln - wird mit den Stimmen der SPD bei Enthaltung von CDU und F.D.P. in Abwesenheit der GRÜNEN **angenommen**.

§ 23 GFG wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. bei Abwesenheit der GRÜNEN **angenommen**.

Berichterstatter: Abgeordneter Rohe (SPD) als Ausschußvorsitzender.

3 Droht die Finanzierung des "Nationalen Konzepts Sport und Sicherheit" zu scheitern?

Bericht der Landesregierung

10

Der Ausschuß nimmt den Bericht der Landesregierung entgegen und diskutiert über Fragen, die sich daraus ergeben.

Nächste Sitzung: 17. Januar 1994 - Beratungsthemen: Förderung der Frauen im Sport (Drucksache 11/3178)

Mehr Chancen für Frauen und Mädchen im Sport (Drucksache 11/3567)

Entwicklung des Breitensports zum Nulltarif? - SPD-Landesregierung entzieht sich ihrer Verantwortung (Drucksache 11/3856)

Das Ehrenamt im Sport - Existenzgrundlage für Sportvereine muß gefördert werden (Drucksache 11/4994).

Sportausschuß
41. Sitzung

22.11.1993
the-mj

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1994
(Haushaltsgesetz 1994)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5900

Einzelplan 05 - Kultusministerium
Beilage 5 - 16. Landessportplan

Vorlage 11/2413

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung
Kapitel 06 510 - Deutsche Sporthochschule Köln

in Verbindung damit

Artikel I § 23 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen im Haushaltsjahr 1994 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1994

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5902

Abgeordneter Herder (SPD) erläutert die Anträge seiner Fraktion - Anlage 1 zu diesem Protokoll -:

Zunächst einmal habe man aus dem Titel "Vorbereitung der Bewerbung um die Ausrichtung von Olympischen Spielen im Ruhrgebiet" 1 Million DM in den im Haushaltsplanentwurf von 20 Millionen auf 18 Millionen DM gekürzten Titel für Zuschüsse zur Förderung der Übungsarbeit in den Sportvereinen umgeschichtet.

Ferner beantrage die SPD, aus dem GFG 2 Millionen DM ebenfalls für die Übungsleiterbezuschussung zu nehmen, so daß sich dieser Ansatz auf 21 Millionen DM erhöhe.

Der Titel 539 10 - Prämien, Preise, Ehrengaben und Urkunden - solle ebenso wie der Titel 685 20 - Zuschüsse zur Durchführung von nationalen und internationalen

Sportausschuß
41. Sitzung

22.11.1993
the-mj

Meisterschaften ... - zugunsten des Titels 684 60 um 10 000 DM bzw. 20 000 DM reduziert werden.

Innerhalb des Titels 684 60 sollten die Zuschüsse für die Entwicklung des Breiten-sports um 50 000 DM gekürzt und dafür die Zuschüsse zur Umsetzung des Pro-gramms "Mehr Chancen für Frauen und Mädchen im Sport" entsprechend angehoben werden. - In Position 4 sollten die Zuschüsse zur Unterhaltung der Trainerakademie in Köln wieder auf den Vorjahresstand von 240 000 DM erhöht werden.

Per Saldo glichen sich die Ansatzserhöhungen und -reduzierungen aus, so daß es sich lediglich um Akzentverschiebungen innerhalb der Förderung des Sports handele.

Er stimme mit der SPD-Fraktion darin überein, so erläutert **Abgeordneter Ruppert (F.D.P.)** die Anträge seiner Fraktion - Anlage 2 zu diesem Protokoll -, daß nicht ausgerechnet im Jahr des Ehrenamtes die Mittel für die Bezuschussung der Übungs-leiter gekürzt werden sollten. Die F.D.P. schlage daher vor, den 1993er Ansatz von 20 Millionen DM wiederherzustellen und dafür den zumindest gegenwärtig über-flüssigen Ansatz für die Vorbereitung der Bewerbung um die Ausrichtung von Olympischen Spielen im Ruhrgebiet zu streichen.

Allerdings sollte die Landesregierung einen Vorschlag erarbeiten, wie die ehren-amtliche Tätigkeit in Sportvereinen innerhalb dieses Titels besonders berücksichtigt werden könne.

Abgeordneter Kuckart (CDU) erklärt, nachdem seine Fraktion über ein Jahrzehnt lang für den Sport wichtige Anträge mit entsprechenden Deckungsvorschlägen gestellt habe und diese jedesmal abgelehnt worden seien, werde sie in diesem Jahr auf eine Antragstellung verzichten.

Was die SPD vorschlage, sei sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung und lasse noch einen letzten Ansatz von Vernunft erkennen. Eine politische Bewertung werde sich die CDU für die plenaren Haushaltsberatungen vorbehalten.

Seine Fraktion werde sich sowohl bei den SPD- als auch bei den F.D.P.-Anträgen der Stimme enthalten und den Landessportplan insgesamt ablehnen, weil er in keiner Weise der zunehmenden Bedeutung des Sports gerecht werde und es nicht die richtige Entscheidung sei, ihn in dieser Form weiterhin auf Sparflamme zu halten.

Abgeordneter Mai (GRÜNE) weist darauf hin, daß auch nach dem heutigen Antrag der SPD immer noch ein Betrag von 1 Million DM in dem Titel für die Vorbereitung der Olympiabewerbung verbleibe, selbst wenn laut Begründung zu diesem Antrag daraus auch Ausgaben für die Durchführung sonstiger sportbezogener Maßnahmen bestritten werden könnten.

Er fragt die Landesregierung, was vor dem Hintergrund, daß eine solche Bewerbung mindestens bis zum Jahre 2008 aussichtslos sei, aus diesem Titel gefördert werde, das exakt unter "Bewerbung um Olympische Spiele" falle.

Die Unterstützung der Bewerbung um Olympische Spiele in Nordrhein-Westfalen und speziell im Ruhrgebiet ist nach den Worten von **Ministerialdirigent Dr. Eulering (Kultusministerium)** in den letzten Jahren nie in der Weise geschehen, daß, wie es in der öffentlichen Diskussion immer wieder angeklungen sei, etwa einer GmbH oder irgendeiner anderen unterstützenden oder vorbereitenden Organisation Mittel zur Verfügung gestellt worden seien.

Wiederholt sei hier im Ausschuß vorgetragen worden, daß "Olympische Spiele" als das höchste Ideal an Sportgroßveranstaltungen, das man für ein Land erreichen könne, quasi ein Oberbegriff für die Unterstützung von Sportgroßveranstaltungen im Lande seien. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß in diesem Jahr selbst Staatsoberhäupter in Monte Carlo gewesen seien, um diese Veranstaltung für ihr Land einzuwerben.

So seien im vergangenen Jahr die Fechtweltmeisterschaften in Essen vom Land unterstützt worden, und im nächsten Jahr würden die Behindertenweltmeisterschaften im Volleyball aus diesem Titel gefördert.

Auch in den Erläuterungen werde ausgeführt, daß dieser Titel dazu dienen solle, Nordrhein-Westfalen als Weltbühne des Sports und als ein Land darzustellen, das jederzeit in der Lage sei, Sportgroßveranstaltungen aller Art anzubieten und unter hoher Publikumszustimmung durchzuführen. Dieses Ziel solle mit den - nochmals erheblich eingeschränkten - Mitteln weiterverfolgt werden.

Abgeordneter Dr. Klimke (CDU) gibt zu bedenken, ob man nicht unehrlich sei, wenn man in einem Sparhaushalt für das Haushaltsjahr 1994 eine Position für die Bewerbung um Olympische Spiele ausweise, wohl wissend, daß frühestens für das Jahr 2004 wieder Olympische Spiele vergeben würden.

Sportausschuß
41. Sitzung

22.11.1993
the-mj

Zudem treffe genau das, was MD Dr. Eulering vorgetragen habe, auf den im Haushalt ebenfalls ausgewiesenen Titel "Zuschüsse zur Durchführung von nationalen und internationalen Meisterschaften und sonstigen herausragenden Sportereignissen in Nordrhein-Westfalen ..." zu; die vorgetragenen Argumente könnten keinesfalls als "Vorbereitung von Olympischen Spielen" interpretiert werden. Deshalb trete er dafür ein, die Mittel aus dem Titel für "Olympische Spiele" in den zuvor angesprochenen Titel umzuschichten.

MD Dr. Eulering (KM) macht deutlich, daß aus dem Titel "Zuschüsse zur Durchführung von nationalen und internationalen Meisterschaften ..." ausweislich der Zweckbestimmung im wesentlichen auch Einzel- und Kleinmaßnahmen im Jugendbereich mit 2 000 bis 3 000 DM unterstützt würden. Großveranstaltungen, wie sie mit der Position gemeint seien, die noch den Arbeitstitel "Olympia" trage, seien von einer ganz anderen Qualität.

Dabei brauche man das Fernziel Olympia nicht aufzugeben, und man sei auch nicht unehrlich, wenn man es anführe. Man befinde sich vielmehr in guter Gesellschaft zum Beispiel mit dem Deutschen Fußball-Bund, der die Weltmeisterschaft im Jahre 2006 jetzt schon mit allen Mitteln national und international zu plazieren versuche. Das endgültige Ziel bestimme schließlich auch die einzelnen bis dahin zu gehenden Schritte.

Haushaltsrechtlich habe Abgeordneter Dr. Klimke (CDU) wohl recht, nicht aber psychologisch, erklärt Abgeordneter Herder (SPD). Die Fechtweltmeisterschaften in Essen beispielsweise hätten nicht stattgefunden, wenn es diesen Titel nicht gäbe.

Außerdem kämpften die Menschen im Ruhrgebiet trotz der Ereignisse im Zusammenhang mit der Bewerbung Berlins um die Olympischen Spiele im Ruhrgebiet, wie er erst jüngst wieder in Gelsenkirchen erfahren habe. Die politische Meinung der SPD sei, daß sich das Ruhrgebiet um die Spiele bewerben solle, wobei man den Zeitpunkt offenhalte. Auf jeden Fall aber sollten die Vorbereitungen für eine solche Bewerbung weiterlaufen, wofür man diesen Titel mit einem entsprechenden Ansatz brauche. Dagegen passe es nach Meinung der SPD nicht mehr in die Zeit, den Sportkalender aus Steuergeldern zu finanzieren.

Was den F.D.P.-Antrag betreffe, so seien aus den Verpflichtungsermächtigungen für das nächste Jahr schon 400 000 DM gebunden, so daß der Titelantrag nicht gestrichen werden könne. Die verbleibenden 600 000 DM sollten es ermöglichen, weitere attraktive Veranstaltungen nach Nordrhein-Westfalen zu holen.

Sportausschuß
41. Sitzung

22.11.1993
the-mj

Er macht darauf aufmerksam, daß die SPD über das hinaus, was er zu Beginn dieses Tagesordnungspunktes vorgetragen habe, noch einen Zuschuß von 1 Million DM für das Deutsche Sportmuseum beantrage. Die Deckung setze sich so zusammen, daß 400 000 DM von der ursprünglich in Warendorf für den Pferdesport vorgesehenen Maßnahme genommen werden sollten, für die leider die Komplementärmittel nicht zur Verfügung gestellt werden könnten; die restlichen 600 000 DM sollten aus dem GFG abgedeckt werden.

Ministerialrat Schmiking (Finanzministerium) weist darauf hin, daß die das GFG betreffenden 600 000 DM Teil des Gesamtsteuerverbundes seien.

Er fragt, woraus das Sportmuseum finanziert werden solle. Wenn die Finanzierung aus dem GFG erfolgen solle, wäre kein Ansatz im Sportkapitel erforderlich, weil es dann im GFG bei den Erläuterungen zu den Museumsbauten aufgeführt würde; der Ansatz müßte dann im Sportkapitel gestrichen werden.

Ferner sei nicht zu erkennen, wo die Verpflichtungsermächtigungen angesiedelt werden sollten. Wenn sie aus dem GFG bedient werden sollten, bleibe nur die Anfinanzierung von 1 Million DM im Sportkapitel. Dies sei haushaltsrechtlich problematisch, weil § 35 LHO vorschreibe, daß keine Doppelveranschlagung stattfinden solle. - Diese Dinge müßten präzisiert werden, um sie hinterher im Haushalt klar darstellen zu können.

Abgeordneter Kuckart (CDU) wehrt sich dagegen, ausgerechnet Gelsenkirchen, die Stadt, die ihr Sportamt aufgelöst habe - was er als Sportpolitiker für einen ungeheuerlichen Vorgang halte -, nun als die Stadt anzuführen, die Zentrum der Olympischen Spiele werden wolle.

In "Landtag intern" habe Abgeordneter Herder (SPD) geschrieben, für die SPD-Fraktion sei der Zuschuß für Übungsleiter wichtiger als Prestigeobjekte. Er bittet um Auskunft, was für die SPD Prestigeobjekte seien, die sich also in Zukunft nicht mehr der besonderen Zuwendung durch die SPD-Fraktion erfreuen dürften.

Abgeordneter Ruppert (F.D.P.), der darauf hinweist, daß er auch kommunalpolitischer Sprecher seiner Fraktion sei, schließt sich den im Zusammenhang mit dem GFG gemachten kritischen Anmerkungen an. Er sei dagegen, daß der Steuerverbund mit einer nicht kommunalen, sondern einer Landesaufgabe befrachtet werde. Zudem seien auch die geäußerten haushaltstechnischen Bedenken zutreffend.

Sportausschuß
41. Sitzung

22.11.1993
the-mj

Als Beispiel für ein Prestigeobjekt, das leider den jetzigen Umständen zum Opfer falle, nennt **Abgeordneter Herder (SPD)** noch einmal den Sportkalender.

Eine Frage des Abgeordneten Ruppert (F.D.P.) nach der Deckung der Ansatzserhöhung in Titel 684 60 auf Seite 1 der Anträge der SPD beantwortet Abgeordneter Herder (SPD) dahin gehend, daß insgesamt 30 000 DM aus zwei zuvor von ihm genannten Titeln und 1 Million DM aus dem Olympiatitel gedeckt würden, so daß sich durch die von seiner Fraktion gestellten Anträge keine Änderung der Gesamtsumme ergebe.

Zu den von MR Schmiking (FM) vorgetragenen Bedenken werde man sich nach dieser Sitzung noch Gedanken machen.

MR Schmiking (FM) macht darauf aufmerksam, daß in dem SPD-Antrag zur Ansatzminderung beim Olympia-Titel die Verpflichtungsermächtigung unverändert aufgeführt sei. Er fragt, ob dies lediglich nachrichtlich zu verstehen oder als Antrag aufzufassen sei. Immerhin wäre die Verpflichtungsermächtigung, die zuvor 60 % des Baransatzes ausgemacht habe, jetzt höher als der auf 1 Million DM gekürzte Ansatz.

Abgeordneter Herder (SPD) räumt ein, daß man die Verpflichtungsermächtigung aus dem Haushaltsplanentwurf übernommen habe, ohne dazu einen Beschluß zu fassen. Man werde dies im Rahmen der Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses korrigieren.

Der Antrag der F.D.P.-Fraktion - Anlage 2 -, den Ansatz in Kapitel 05 810 Titelgruppe 90 um 2 Millionen DM zu kürzen und dafür den Ansatz in Titelgruppe 60 um 2 Millionen DM zu erhöhen, wird mit den Stimmen der SPD bei Enthaltung der CDU und in Abwesenheit der GRÜNEN **abgelehnt**.

Die in Anlage 1 zusammengestellten **Anträge der SPD-Fraktion** werden gegen die Stimme der F.D.P. bei Enthaltung der CDU und in Abwesenheit der GRÜNEN **angenommen**.

Zur Deutschen Sporthochschule Köln teilt **Ministerialrat Dirks (Ministerium für Wissenschaft und Forschung)** auf eine entsprechende Frage des Abgeordneten Herder (SPD) mit, das Vorhaben "Neubau der Zentralbibliothek" sei einvernehmlich in den 23. Rahmenplan aufgenommen worden, so daß die Finanzierung sichergestellt sei.

Sportausschuß
41. Sitzung

22.11.1993
the-mj

Abgeordneter Herder (SPD) beantragt, 2 Millionen DM aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz, und zwar aus dem Titel für den Sportstättenbau, für Zuschüsse zur Förderung der Übungsarbeit in den Sportvereinen zur Verfügung zu stellen.

Er fügt erläuternd hinzu, die Übungsleiterzuschüsse, die normalerweise über den Landessportbund verteilt würden, müßten in diesem Fall an die Gemeinden und von da aus an die Sportverbände weitergeleitet werden. Dabei dürfe jedoch nicht passieren, daß diese Mittel mit den Geldern verrechnet würden, die die Gemeinden jetzt schon den Sportvereinen zukommen ließen.

Mit den Stimmen der SPD, gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. und in Abwesenheit der GRÜNEN **empfiehlt der Sportausschuß dem Ausschuß für Kommunalpolitik**, 2 Millionen DM aus den im GFG für den Sportstättenbau vorgesehenen Zuweisungen für Zuschüsse zur Förderung der Übungsarbeit in den Sportvereinen zur Verfügung zu stellen.

In der Gesamtabstimmung wird Beilage 5 zu **Einzelplan 05 - 16. Landessportplan** - in der Fassung der zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. bei Abwesenheit der GRÜNEN **angenommen**.

Kapitel 06 510 - Deutsche Sporthochschule Köln - wird mit den Stimmen der SPD bei Enthaltung von CDU und F.D.P. und in Abwesenheit der GRÜNEN **angenommen**.

§ 23 GFG wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. bei Abwesenheit der GRÜNEN **angenommen**.

Als **Berichterstatter** wird einstimmig der Ausschußvorsitzende benannt.